

Xhain StandWithUkraine

– Beschlossen durch den Bezirksausschuss am 24.02.2022 –

Die FDP Friedrichshain-Kreuzberg steht an der Seite der Ukraine gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Russischen Föderation. Demokratie, Freiheit und Liberalität sind nicht verhandelbar, der Einmarsch russischer Soldat:innen ist somit nicht nur ein Angriff auf die Ukraine selbst, sondern auch auf die europäischen und westlichen Werte. Nun ist ein schnelles Handeln gefragt. Darum fordern wir von der Bundesrepublik Deutschland und dem Deutschen Bundestag:

- die schnelle Umsetzung größtmöglicher wirtschaftlicher Sanktionen gegenüber Russland ohne Ausnahmen. Zudem muss es auch zu einer effektiven Einsetzung personenbezogener Sanktionen gegen relevante russische Staatsbürger:innen und Unterstützer:innen des russischen Regimes kommen.
- die Energieversorgung für den Winter kurzfristig mit allen Mitteln außerhalb Russlands sicherstellen, mittelfristig die Kooperation mit westlichen Partnern zur Energieversorgung auszubauen, langfristig anzustreben, den Energiebedarf selbstständig und klimaschonend zu decken. Wir teilen die Linie der Bundesregierung: Frieden und Freiheit in Europa haben kein Preisschild.
- den Ausschluss der Russischen Föderation aus dem Zahlungsverkehrssystem SWIFT.
- eine Vorbereitung auf eine humanitäre Krise innerhalb der Ukraine. Dabei muss eine Organisation der Versendung der notwendigsten zivilen Güter in die Krisengebiete stattfinden und diese Güter müssen bereit gehalten werden, um gegebenenfalls sofort verschickt zu werden.
- die Vorbereitung der massenhaften Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen, gegebenenfalls einem sicheren Ausfliegen ukrainischer Bürger:innen, gerade den besonders bedrohten Gruppen wie Oppositionelle, Kremlkritiker:innen, queeren Aktivist:innen und Unterstützer:innen der Europäischen Union. Dabei muss mit allen europäischen Staaten abgestimmt zusammengearbeitet werden, gerade mit jenen EU-Staaten, die einen Grenzverlauf zur Ukraine haben.
- die Sorgen und Bedrohungsängste unserer östlichen Nachbarn, vor allem im Baltikum und Polen, ernst nehmen, sowie ein Übergreifen der russischen Aggression auf die Republik Moldau aber auch Georgien zu vermeiden. Der strategische Ausbau unserer militärischen Fähigkeiten zur Verteidigung,

ausdrücklich auch die Stärkung der Infrastruktur gegen Cyberangriffe, muss forciert, Investitionen in defensive Kapazitäten gestärkt und die europäische Zusammenarbeit intensiviert werden. Perspektivisch ist eine Europäische Armee das erklärte Ziel.

- dem deutschen Altkanzler das Büro im Deutschen Bundestag zu entziehen, solange er noch Gelder über russische Staatskonzerne bezieht und die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung in Bezug auf ihren Umgang mit Russland untergräbt.
- Die russische Regierung muss den russischen Staatsbürger:innen ihre Demonstrationsfreiheit gewähren. Niemand darf wegen der Teilnahme an einer Demonstration gegen den Angriffskrieg auf die Ukraine verhaftet werden. Bereits verhaftete Demonstrant:innen sind sofort freizulassen. Wir stehen an der Seite der Russ:innen, die sich für Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gegen Kriegstreiberei einsetzen.